

Europa braucht Rückenwind für die Berufliche Bildung!

Zum Start der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat die EU-Kommission am 1. Juli eine Europäische Kompetenzagenda und eine Empfehlung zur beruflichen Aus- und Weiterbildung vorgeschlagen. Die wichtigsten Ziele: die EU-Staaten bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie unterstützen und den Erwerb der für den digitalen und ökologischen Wandel notwendigen Kompetenzen vorantreiben.

Digitaler Kompetenzerwerb sowie Weiterbildung und Umschulung im Fokus

Entsprechend setzt die Skills Agenda auf die gezielte Förderung von digitalen und unternehmerischen Fähigkeiten sowie von Querschnittskompetenzen. Von 2020 bis 2025 sollen EU-weit 120 Millionen Erwachsene, darunter 14 Millionen niedrig Qualifizierte und 2 Millionen Arbeitssuchende, an einer Weiterbildung, Umschulung oder beruflichen Lernerfahrung teilgenommen haben. 70 Prozent der erwachsenen EU-Bevölkerung sollen danach mindestens über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen.

Berufliche Bildung attraktiver machen

Die Ratsempfehlung sieht neben einer Stärkung der Beruflichen Bildung in den EU-Mitgliedstaaten auch die Reform von vollzeitschulischen Ausbildungssystemen vor, um die Absolventen mit arbeitsmarktrelevanten Fähigkeiten auszustatten. Kernelement muss aus EU-Sicht eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt, Arbeitsplatz und Ausbildung unter Einbeziehung der Wirtschaft sein. Qualität und Attraktivität der Beruflichen Bildung will die EU-Kommission durch bessere Durchlässigkeit zur Hochschule, den Ausbau der Höheren Berufsbildung sowie die digitale „Bereitschaft“ der Berufsbildungseinrichtungen verbessern. Die Benchmarks: Bis 2025 sollen mindestens 82 Prozent der Berufsbildungsabsolventen in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und 60 Prozent der Teilnehmer an einer beruflichen Ausbildung mit betrieblichen Anteilen lernen. Darüber hinaus ist die Entwicklung europäischer „Kernberufsprofile“ geplant, die es ermöglichen sollen, Qualifikationen europaweit automatisch anzuerkennen und so die grenzüberschreitende Arbeitnehmermobilität zu fördern.

Weitere EU-Initiativen am Bedarf der Betriebe messen

Die Skills Agenda für nachhaltigen Aufschwung nach der Corona-Pandemie beinhaltet in ihrem Maßnahmenkatalog auch einen „Pakt für Kompetenzen“. Öffentliche Akteure und Wirtschaftsvertreter wie Unternehmen und Kammern sollen für mehr und bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie für die Erschließung öffentlicher und privater Bildungsinvestitionen sorgen – zunächst in den Sektoren Gesundheit, Bau, Automobil, Verkehr und Tourismus. Geplant ist zudem eine Prüfung, ob und wie eine mögliche EU-Initiative zu individuellen Lernkonten Zugänge zur Weiterbildung für Erwachsene erleichtern könnte. Europäische Standards sollen einen EU-weiten Ansatz für Micro-Credentials (Zertifikate für kleine Lerneinheiten) vorantreiben und die neue digitale Plattform für den Europass einen besseren Beitrag zur Lern- und Arbeitsmobilität leisten.

Fazit: Gute Vorlage, aber noch offene Fragen

Auf den ersten Blick hat die Kommission eine gute Vorlage für den deutschen EU-Ratsvorsitz abgeliefert. Insbesondere die Vorschläge zur Stärkung der betrieblichen Ausbildung und der Höheren Berufsbildung sowie die Förderung arbeitsplatzrelevanter Kompetenzen sind positiv zu bewerten. Quantitative Bildungsziele bergen immer die Gefahr, nicht mit dem Bedarf der Unternehmen im Einklang zu stehen. Zumindest müssten zahlenmäßige Vorgaben mit Zwischen- und spezifischen nationalen Zielen unterlegt werden. Die bildungspolitischen Steuerungsambitionen der EU sind kritisch zu bewerten, etwa eine automatische Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und mögliche Vorschriften für Organisation und Finanzierung von Weiterbildung. Auch dürfen europäische „Kernberufsprofile“ nicht von der EU „verordnet“ werden; sie lassen sich allenfalls bedarfsorientiert und über Pilotversuche und in engem Austausch mit der Wirtschaft identifizieren.